

SPD-Landtagsfraktion | Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Frau
Gisela Zwigart-Hayer
Netzwerk Leben im Alter
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

Referat Sozialpolitik und
Integration

Durchwahl:
0611/ 350-520

Email:
m.peters@ltg.hessen.de

Unser Zeichen:
Az: 750/2018 wl/pet

20.06.2018

Sehr geehrte Frau Zwigart-Hayer,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 25. Mai 2018, mit der Sie uns Ihre Wahlprüfsteine zur SeniorInnenpolitik zugesandt haben.

Auch in unseren Augen ist die defizitorientierte Politik der Landesregierung nicht der richtige Ansatz, um dem Leben von Seniorinnen und Senioren im Lande Hessen gerecht zu werden. Pflege und gesundheitliche Versorgung ist wichtig für die ältere Generation, keine Frage. Aber es ist völlig unzureichend, Politik für Seniorinnen und Senioren auf diese Bereiche zu reduzieren. Wir haben daher jetzt einen Antrag in den Landtag eingebracht, der unsere Position dazu unterstreicht. Er ist zu Ihrer Information beigefügt (Drucksache 19/6539).

Zu 1. Wohnen

Wichtig ist vor allem, für ausreichend **bezahlbaren** Wohnraum für diese Gruppe zu sorgen. Wir begrüßen sehr, dass Sie diese Forderung auch als erstes nennen. Im städtischen Bereich haben wir einen Mangel an kleinen barrierefreien Wohnungen zu verzeichnen. Gerade ältere Menschen wollen, wenn die bisherige Wohnung zu groß wird oder nicht barrierefrei ist, im gewohnten Quartier bleiben. Es ist Aufgabe der Landespolitik, dafür zu sorgen, dass dies möglich ist. Der Aufgabe werden wir uns in Regierungsverantwortung stellen. Um dem Wohnungsnotstand abzuhelpen und zwar für alle Bevölkerungsgruppen, hilft nur eins: der Bau von bezahlbarem Wohnraum.

Im ländlichen Raum ist die Lage in Bezug auf den Wohnraum anders. Hier muss es darum gehen, Programme aufzulegen, die den barrierefreien oder zumindest barrierearmen Umbau vorhandenen Wohneigentums fördert.

Die Unterstützung neuer Wohnformen liegt uns ebenfalls sehr am Herzen. Wohngemeinschaften älterer Menschen und von Menschen unterschiedlicher Generationen müssen verstärkt gefördert werden.

In der Pflege liegt einiges im Argen. Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte. Die werden wir aber nur gewinnen können, wenn wir die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern und für eine angemessene Bezahlung sorgen. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben wir bereits mehrfach Initiativen im Landtag ergriffen. Wir halten es für erforderlich, Personalmindeststandards zu definieren, damit die Beschäftigten auch die Zeit haben, um ihre Arbeit ordentlich zu leisten.

Darüber hinaus halten wir einen Landespflegeplan für notwendig. Wir müssen wissen, welche Infrastruktur an welchen Orten vorhanden ist und wo es Mängel gibt. Leider weigert sich die derzeitige Mehrheit aus CDU und Grünen, einen solchen Landespflegeplan zu erstellen. Mit dem Pflegeplan könnten wir Erkenntnisse gewinnen, wo es die von Ihnen geforderten Angebote für 24-Stunden-Pflege und für ambulante Wohnformen gibt. Derzeit erhält man Informationen darüber eher zufällig.

Zu 2. Alternde Bevölkerung ländlicher Regionen

Für die ältere Generation in ländlichen Regionen müssen wir u.E. vor allem drei Dinge in Angriff nehmen:

1. eine gesundheitliche Versorgung sicherstellen, die erreichbar und umfassend ist
2. eine Infrastruktur am Ort oder in erreichbarer Nähe für die Dinge des täglichen Lebens
3. Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), die bezahlbar und angemessen vertaktet sind.

Zum Bereich Wohnen haben wir oben schon einige Ausführungen gemacht. Bei der gesundheitlichen Versorgung setzen wir auf mehr Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, eine Verzahnung des ambulanten und des stationären Sektors, mehr medizinische Versorgungszentren und eine Verkleinerung der Planungsbereiche. Die Verzahnung von ambulant und stationär wird mit dazu beitragen, Angebote im ländlichen Raum zu erhalten und vielleicht sogar auszubauen. In medizinischen Versorgungszentren können Ärztinnen und Ärzte auch im Angestelltenverhältnis arbeiten und so Beruf und Familie vereinbaren. Außerdem

haben sie die Möglichkeit, fachübergreifend und im Team zu arbeiten, was Bereitschaftsdienste erleichtert. Die Verkleinerung der Planungsbereiche verhindert, dass sich auch im ländlichen Raum Ärztinnen und Ärzten nur in den Zentren niederlassen, der Landkreis somit als „versorgt“ gilt, die Wege zur Praxis für die Patientinnen und Patienten aber sehr lang werden.

Wir wollen den ÖPNV ausbauen, gerade auch im ländlichen Raum. Und auf alternative Angebote wie Rufbusse, Bürgerbusse, Taxis und Mietwagen sowie Anrufsammeltaxis setzen. Darüber werden wir auch sicherstellen, dass die Mobilität zur Erledigung täglicher Geschäfte sichergestellt ist und bezahlbar bleibt.

Technische Unterstützungslösungen können in vielen Bereichen genutzt werden, beispielsweise in der Stauvermeidung durch flexible Nutzung der Fahrspuren, aber gerade auch im öffentlichen Personennahverkehr mit entsprechenden Apps, die die schnellste Verbindung anzeigt unter Berücksichtigung der unterschiedlichsten Verkehrsmittel. Auch Lieferdienste können über Apps genutzt werden, gerade für Seniorinnen und Senioren, die nicht mehr so beweglich sind, eine gute Lösung. Wir müssen innovative Konzepte verstärkt fördern, an den Hochschulen, aber auch in Verbindung zwischen Forschung und Wirtschaft.

Zu 3. Prävention und Gesundheitsförderung

Prävention zum Erhalt der Gesundheit ist nicht nur in jungen Jahren wichtig, sondern auch im fortgeschrittenen Alter. Wir stehen der Entwicklung eines Landesnetzwerks „Prävention im Alter“ offen gegenüber, sollten dazu aber zunächst klären, welche Ziele damit verbunden sind und wer eingebunden werden muss. Das Maßnahmenpaket muss, wie sie in Ihrer zweiten Frage schreiben, auf jeden Fall vor Ort entwickelt werden, denn die Bedingungen sind immer unterschiedlich.

Dass Pflege vor allem in den Familien geleistet wird ist eine Leistung, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Umso wichtiger ist es, die Pflegenden mehr zu unterstützen. Das wollen wir zum einen durch den Ausbau der Pflegestützpunkte erreichen, die Rat und Hilfe für Unterstützungsleistungen geben, sondern auch bei Überforderung Soforthilfe vermitteln sollen. Darüber hinaus müssen die Angebote zur Unterstützung im Alltag ausgebaut werden, auch dafür werden wir sorgen.

Zu 4. Armut im Alter

Die Grundlage für eine auskömmliche Rente wird im Erwerbsleben gelegt. Nur wer möglichst ohne Unterbrechung und in ausreichendem Umfang Beitragszahlungen geleistet hat, kann in unserem Rentensystem am Ende des Arbeitslebens eine Rente erhalten, von der man leben kann. Die steigende Zahl der NiedriglohnempfängerInnen und die immer häufiger werdenden Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie – auch bei Männern – führen zu Renten, die unterhalb des Existenzminimums liegen. Auf Bundesebene haben zwei Maßnahmen zu leichter Verbesserung geführt. Zum einen die Einführung des Mindestlohns, der nach aktuellem Stand zwar keine auskömmliche Rente garantiert, aber zumindest die schlimmsten Auswüchse korrigiert. Zum anderen die Einführung einer Grundsicherung im Alter, die Renten unterhalb des Existenzminimums aufstockt, so dass man keine Sozialhilfe beantragen muss. Gerade für alleinerziehende Frauen ist es schwierig, Beruf und Familie zu verbinden und so für die Rente vorzusorgen. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, dass Kitas und Schule Ganztagsangebote machen und zwar kostenfrei für alle. Damit wird Berufstätigkeit und Beitragszahlung zur Rente machbar. Darüber hinaus haben wir im Bund die doppelte Haltelinie verabredet: der Beitragssatz soll nicht über 20% steigen, das Rentenniveau nicht unter 48% absinken.

Mit dem auf Initiative der SPD im Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts und zur Einführung einer Brückenteilzeit wird die Chance eröffnet, der sogenannten Teilzeitfalle zu entkommen und seine Arbeitszeit zu erhöhen. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Rentenbeiträge und erhöht die Rentenansprüche im Alter.

Die Stärkung der Tarifbindung bedeutet ein besseres Arbeitseinkommen und damit höhere Rentenanwartschaften. Mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz haben wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert. Es gilt, die Tarifautonomie zu stärken und die Tarifflicht weiter einzudämmen.

Zu 5. Benachteiligung

Kultur- und religionssensible Pflege ist das Gebot der Stunde. Es gibt viele Einrichtungen in Hessen, die sich dieser Herausforderung schon stellen, aber es ist richtig, dass hier noch Nachholbedarf besteht, ambulant wie stationär. Dass wir den Nahverkehr stärken wollen, haben wir unter Punkt 2. beschrieben. Das dient auch der Nutzung von Kultur- und Bildungsangeboten.

Zu 6. Sektorenübergreifende seniorenpolitische Konzepte

Der 7. Altenhilfebericht fordert starke Kommunen, die in der Lage sind, den Herausforderungen und Chancen einer älter werden Gesellschaft gerecht zu werden. Stark sind Kommunen, wenn sie in der Lage sind, ihre Aufgaben zu finanzieren. Leider haben sowohl die jetzige schwarz-grüne Landesregierung als auch die CDU-geführten Vorgängerregierungen die Kommunen in Hessen stark ausgeblutet. Der Kommunale Finanzausgleich wurde gekürzt und mit vielen Ausgaben belastet, mit denen sich die Landesregierung schmückt, sie aber nicht bezahlt. Als Beispiel sei die sechsstündige Gebührenbefreiung in der Kita für Kinder über drei Jahren genannt, die zur Hälfte von den Kommunen finanziert werden muss. Durch die Streichungen und Belastungen fehlt den Kommunen das Geld, um für eine gute Infrastruktur in den Städten und Gemeinden sorgen zu können. Das werden wir ändern, wir werden die Kommunen stark machen. Wenn diese die erforderlichen Mittel für ihre Aufgaben erhalten, können sie damit alle sozialraumbezogenen Projekte in Angriff nehmen, die je nach Lage vor Ort erforderlich sind. Das Land kann hier ratgebend tätig sein, sollte aber nicht die konkrete Umsetzung übernehmen.

Wir halten es außerdem für erforderlich, Politik für Seniorinnen und Senioren ressortübergreifend anzugehen. Als Beispiel sei hier das Thema Wohnen genannt, das in Kooperation mit dem für SeniorInnenpolitik zuständigen Sozialministerium gemeinsam mit dem für Bauen und Wohnen zuständigen Ressort angegangen werden muss. Gleiches gilt für Infrastruktur und Mobilität, wo die dafür zuständigen Ressorts die Belange der älteren Generation berücksichtigen müssen.

Wir begrüßen sehr, dass das Netzwerk „Leben im Alter“ aktiv für die Belange der älteren Menschen eintritt und freuen uns, wenn wir gemeinsam im Interesse dieser Menschen viel umsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Schäfer-Gümbel
Fraktionsvorsitzender



HESSISCHER LANDTAG

12. 06. 2018

Plenum

Entschließungsantrag

**der Abg. Alex, Decker, Di Benedetto, Gnagl, Merz, Roth,
Dr. Sommer (SPD) und Fraktion**

betreffend selbstständiges Leben in altersfreundlichem Umfeld

Der Landtag wolle beschließen:

Die erfreuliche Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer "Gesellschaft langen Lebens" erfordert es, dass Politik für Seniorinnen und Senioren nicht wie bisher als Teilaufgabe im Sozialbereich betrachtet, sondern als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Gelingendes Leben jenseits der Erwerbsarbeit setzt voraus, dass zeitgemäße Bedingungen vorliegen, die die Vielfalt des Alters und der Älteren, deren Bedürfnis nach Selbstverantwortung und ihr Recht auf Selbstbestimmung berücksichtigen.

Gestärkt werden müssen außerdem eine lebensbegleitende Bildung auch in der Phase des Ruhestands sowie die Kommunikationsfähigkeit der älteren Generation.

Dabei kommt der Verantwortung des Landes für eine seniorenpolitische Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden als Organisatoren niedrigschwelliger und passgenauer Angebote für die ältere Generation eine besondere Bedeutung zu.

Die folgenden Bereiche sind dabei besonders zu berücksichtigen;

- **Gesundheitliche Versorgung, Pflege und unterstützende Serviceleistungen**
Hierzu sind landesweit gleichwertige Bedingungen zu schaffen, sodass in allen hessischen Kommunen Angebote der gesundheitlichen Versorgung, der Pflege und der Unterstützung im Alltag vorhanden sind, damit ein Verbleib im eigenen Wohnbereich so lange wie irgend möglich gegeben ist.
- **Teilhabe und soziale Integration**
Die ältere Generation braucht feste und verbindliche Beteiligungsstrukturen (wie z.B. Seniorenbeiräte und -beauftragte) und Begegnungsstätten. Letztere müssen sowohl den Austausch untereinander als auch mit anderen Altersgruppen organisieren können.
- **Wohnen und Wohnumfeld**
Altersgerechtes Wohnen in unterschiedlichen Wohnformen muss verstärkt gefördert werden. Dabei geht es sowohl um kleine Wohneinheiten für ältere Menschen, die ihnen den Verbleib im gewohnten Umfeld ermöglichen, als auch um neue Wohnformen, wie z.B. Wohngemeinschaften. Im städtischen Bereich besteht Mangel an barrierefreien, bezahlbaren kleinen Wohnungen für die ältere Generation. In den ländlichen Gebieten muss dafür gesorgt werden, dass durch Umbauförderung (barrierearm bzw. barrierefrei) Menschen auch im Alter in ihrem Haus verbleiben können.
- **Mobilität**
Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für die ältere Generation oft die einzige Möglichkeit, mobil zu bleiben. Es ist daher anzustreben, zum einen die vorhandenen Verbindungen - gerade im ländlichen Raum - zu erhalten und ggf. eingestellte Verbindungen zu reaktivieren. So bedeutend und wichtig - und in der Regel von Seniorinnen und Senioren organisiert - ehrenamtliche Mobilitätsangebote als Ergänzung sind, sie sind kein Ersatz für staatliches Handeln. Barrierefreiheit, angemessene Taktung der Fahrzeuge des ÖPNV sowie geschützte und beleuchtete Haltestellen sind Grundvoraussetzung für den Erhalt von Mobilität im Alter.

Begründung:

In der öffentlichen Debatte steht beim Thema Alter in zu vielen Fällen ein "defizitäres Altersbild" im Vordergrund. Dabei wird häufig nicht nur die Lebensleistung ignoriert, sondern auch der bedeutende Beitrag zu gesellschaftlichem Fortschritt und zum Erhalt wichtiger Strukturen der älteren Generation durch Familiensorge und ehrenamtliches Engagement. Zwar hat die ältere Generation in der Regel einen höheren Bedarf an Pflege- und Unterstützungsleistungen. Dennoch wollen Seniorinnen und Senioren aktiv an der Gestaltung des eigenen Lebens und des Gemeinwesens teilhaben. Sie haben außerdem Anspruch darauf, dass das Land seinen Beitrag dazu leistet, um die für ein selbstständiges und gesundes Leben erforderliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Wiesbaden, 12. Juni 2018

Alex
Decker
Di Benedetto
Gnagl
Merz
Roth
Dr. Sommer

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel